

Deutschland in der EU

Arbeitsmarkt - Auszug aus einem Bericht des Statistischen Bundesamtes

Beschäftigung: kaum Bewegung auf dem Arbeitsmarkt

Den Wohlstand mehren und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt sichern: Das ist eines der Kernanliegen der EU. Um die Erwerbslosigkeit zu senken und die langfristige Tragfähigkeit der Sozialschutzsysteme zu stärken, haben sich die EU-Staaten auf dem Ratsgipfel in Lissabon im Jahr 2000 vorgenommen, die Erwerbstätigenquote bis 2005 auf 67 % und bis 2010 auf 70 % zu steigern. Beschäftigungsförderung zählt auch in der erneuerten Lissabon-Strategie des Jahres 2005 zu den vier prioritären Aktionsbereichen der EU und wurde in den nationalen Reformprogrammen der Mitgliedstaaten mitberücksichtigt.

Die Zielmarke hat die EU bislang nicht erreicht. Seit 2002 lag das jährliche Beschäftigungswachstum im EU-Durchschnitt unter einem Prozent. 2005 erreichte es mit 0,9 % ein vorläufiges Hoch. Die größten Zuwächse verzeichneten 2005 im Vergleich zum Vorjahr Irland und Spanien mit 4,6 bzw. 3,6 %. Ohne Beschäftigungszuwachs blieben die Niederlande, Portugal und Ungarn (je 0 %) sowie Deutschland (-0,2 %).

Insgesamt verfehlten 16 EU-Länder das bis 2005 vereinbarte Beschäftigungsziel von 67 %. Am deutlichsten unter dieser Marke blieben Polen (52,8 %), Malta (53,9 %) und Ungarn (56,9 %). In Deutschland waren 65,4 % erwerbstätig – der EU-Durchschnitt betrug 63,8 %. In Dänemark, Niederlanden, Schweden und dem Vereinigten Königreich lag die Quote bereits über 70 %.

Perspektiven: Frauen und Fünfzig + gefragt

In den kommenden Jahrzehnten wird sich die Bevölkerungsstruktur verändern. Bei sinkenden Geburtenraten und gleichzeitig steigender Lebenserwartung wird die absolute Zahl der Menschen im Erwerbsalter ab- und die der Renten- und Pflegeleistungsempfänger zunehmen. Dadurch entsteht ein enormer Druck auf die Alters-, Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme. Um dieser Entwicklung zu begegnen, wollen die Regierungen der EU-Staaten verstärkt ihre Arbeitskräfte reserven mobilisieren und künftig zum einen mehr Frauen und zum anderen mehr ältere Menschen ins Berufsleben integrieren. Die europäische Idee von Lissabon war, die Erwerbstätigenquote bei den Frauen bis 2005 auf 57 % und bis 2010 auf 60 % zu erhöhen, bei den älteren Menschen von 55 bis 64 Jahren bis 2010 auf 50 %. Deutschland hat die Zielmarke für 2010 auch in sein Nationales Reformprogramm 2005 – 2008 übernommen.

Bei den älteren Erwerbstätigen hatten acht Länder von 25 eine Erwerbstätigenquote von mehr als 50%. Absoluter Spitzenreiter war Schweden mit 69,4 %, gefolgt von Dänemark (59,5 %) und dem Vereinigten Königreich (56,9 %). Der EU-Durchschnitt lag bei 42,5 % und damit rund sechs Prozentpunkte höher als noch im Jahr 2000. In Deutschland waren 2005 45,4 % der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig – rund acht Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2000. Vergleichsweise gering waren die entsprechenden Anteile 2005 u. a. noch in Polen (27,2 %), der Slowakei (30,3 %) und Slowenien (30,7 %).

Auch Frauen beteiligten sich immer stärker am Berufsleben. Ihre Erwerbstätigenquote stieg in der EU zwischen 2000 und 2005 von 53,6 auf 56,3 %. Das Zwischenziel von 57 % bis 2005 wurde damit nicht ganz erreicht. Die höchsten Quoten verzeichneten Dänemark (71,9 %), Schweden (70,4 %) und Finnland (66,5 %). In Deutschland waren im Jahr 2005 59,6 % der Frauen erwerbstätig (2000: 58,1 %), so dass bei Fortsetzung des Quotenanstiegs der letzten Jahre das Lissabon-Ziel von 60 % bald erreicht sein dürfte. Polen, Griechenland, Italien und Malta verzeichneten hingegen weiterhin Frauen-erwerbstätigenquoten von unter 50 %.

Ein Drittel (32,4 %) aller berufstätigen Frauen in der EU ging 2005 einer Teilzeitbeschäftigung nach – unter den Männern waren es nur 7,4 %. Am weitesten verbreitet war die verkürzte Wochenarbeitszeit in den Niederlanden, wo drei Viertel der Frauen (75,1 %) und knapp ein Viertel der Männer (22,6 %) in Teilzeit arbeiteten. Auch in Deutschland gab es vergleichsweise viele Teilzeit-Jobs: Hier arbeiteten 43,8 % der Frauen und knapp 7,8 % der Männer verkürzt. Hauptgründe dafür waren vor allem persönliche bzw. familiäre Umstände bzw. der Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen. Der Europäische Rat billigte im März 2006 den Europäischen Pakt für Gleichstellung, um die Vereinbarkeit von Berufsleben und Privatleben zu verbessern, und erklärte, dass die Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung verbessert werden sollte.

Arbeitsbedingungen: Was Arbeit kostet

In der EU arbeiteten Vollzeitbeschäftigte 2005 durchschnittlich 42 Stunden (h) pro Woche. Die meiste Zeit am Arbeitsplatz verbrachten die Beschäftigten in Griechenland und Österreich: mehr als 44 Stunden pro Woche. In Deutschland wurde mit 41,6 Wochenstunden weniger als in 10 anderen Mitgliedsländern gearbeitet: In Polen waren es z. B. 43,3, im Vereinigten Königreich 43,2 und in Slowenien 42,9 Stunden. Weniger als im EU-Durchschnitt wurde u. a. in Irland (40,6 h), Finnland (40,5 h) und Dänemark (40,4 h) gearbeitet. Unter 40 Wochenstunden blieben mit 39,5 Stunden nur die Beschäftigten in Litauen. Drastische Unterschiede gab es bei den Arbeitskosten: Nach vorläufigen Schätzungen waren diese 2004 in Dänemark und Schweden (2003) mit etwas mehr als 30 Euro pro Stunde im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor (ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung) am höchsten. In Deutschland kostete eine Stunde im gleichen Jahr 26,22 Euro, in den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten unter 10 Euro, außer in Slowenien (2003:10,54 Euro). Am günstigsten war die Arbeit in Lettland: Mit 2,37 Euro je Stunde (2003) betrug die Kosten dort im Vergleich zu Dänemark nur ein Dreizehntel. Der EU-Durchschnitt lag bei 21,22 Euro.

In einigen Ländern waren befristete Arbeitsverhältnisse relativ stark verbreitet, so z. B. in Spanien und Polen, wo 2005 rund jeder dritte bzw. jeder vierte Arbeitnehmer einen Zeitvertrag hatte. Deutschland lag mit 13,8 % leicht unter dem EU-Durchschnitt von 14,2 %. Kaum verbreitet war diese Vertragsregelung hingegen u. a. in Estland (3,2 %) und Irland (2,5 %).

Erwerbslosigkeit: Nicht genügend Jobs für alle

Erwerbslosigkeit ist nicht nur für die Betroffenen oftmals ein schwerwiegendes Problem, auch für die Gesellschaft stellt sie nicht zuletzt aufgrund der erheblichen Kosten eine große Herausforderung dar.

In der EU waren 2005 8,8 % der Erwerbsbevölkerung bzw. rund 19,1 Mill. Menschen ohne Job. Nicht alle Länder waren dabei gleichermaßen von Erwerbslosigkeit betroffen: Niedrige Erwerbslosenquoten von unter 5 % verzeichneten Irland, Luxemburg, das Vereinigte Königreich, die Niederlande und Dänemark. In Deutschland lag die Quote mit 9,5 % rund doppelt so hoch. Nur Polen (17,7 %), die Slowakei (16,3 %), Griechenland (9,8 %) und Frankreich (9,7 %) waren noch stärker als Deutschland von Erwerbslosigkeit betroffen.

Problematisch war, dass EU-weit 2005 fast jeder zweite Erwerbslose langzeiterwerbslos war, also bereits länger als ein Jahr ohne Job. Besonders stark davon betroffen waren die Slowakei und Polen, wo die Langzeiterwerbslosenquote jeweils über 10 % lag. Deutschland folgte mit einer Quote von 5,0 % zusammen mit Griechenland (5,1 %) zwar mit großem Abstand, lag aber an viertletzter Stelle der 25 Mitgliedstaaten. Die geringsten Langzeiterwerbslosenquoten wiesen das Vereinigte Königreich (1,0 %) und Dänemark (1,1 %) auf.

Die Chance, einen Job zu finden, hängt u. a. vom Bildungsstand, Geschlecht und Alter ab. Generell sind Personen mit einem Fach- oder Hochschulabschluss weit weniger von Erwerbslosigkeit bedroht als Personen mit einem niedrigen Bildungsabschluss. So waren 2005 in Deutschland 5,8 % der Akademiker ohne Job, aber 11,5 % der Personen mit Sekundar-II-Abschluss und 19,0 % der Personen



mit maximal Sekundar-I-Abschluss. Diese Abstufung ließ sich in allen EU-Staaten außer Griechenland beobachten.

In den meisten Ländern sahen sich Frauen stärker als Männer von Erwerbslosigkeit betroffen: So auch in Deutschland, wo die Erwerbslosenquote der Männer 2005 bei 8,9 % und die der Frauen bei 10,3 % lag (EU-25: Männer: 7,9 %, Frauen: 9,9 %). Dieses Geschlechter-Ungleichgewicht ließ sich jedoch nicht in allen Ländern beobachten: In Irland, Lettland, Schweden und dem Vereinigten Königreich hatten die Männer größere Schwierigkeiten als die Frauen, eine Arbeit zu finden. Am deutlichsten war der Unterschied in Estland, wo die Erwerbslosenquote der Männer bei 8,8 % lag und die der Frauen bei 7,1 %.

In besonderem Maße von Erwerbslosigkeit bedroht waren auch Jugendliche. In vielen EU-Ländern gestaltet sich der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben äußerst problematisch. Schwierig war die Situation 2005 vor allem in Polen und der Slowakei, wo die Erwerbslosenquoten der Personen unter 25 Jahren 36,9 bzw. 30,1 % betragen. In Deutschland lag die Quote im gleichen Zeitraum bei 15,0 % und damit unter dem EU-Durchschnitt von 18,6 %, was allerdings auch auf längere Ausbildungszeiten Jugendlicher in Deutschland zurückzuführen ist. Am günstigsten war die Situation in den Niederlanden, wo die Erwerbslosenquote der unter 25-Jährigen nur 8,2 % betrug.

Der Europäische Rat betonte im März 2006 die dringende Notwendigkeit, die Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern: Z. B. sollen im Einklang mit dem Ziel 2010 mindestens 85 % der 22-Jährigen in der EU eine Ausbildung im Sekundarbereich II absolviert haben.

Nach: Statistisches Bundesamt, Im Blickpunkt: Deutschland in der Europäischen Union 2006. Dezember 2006, S. 44-51

Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur_vollanzeige.csp&ID=1019720

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

